

V-1 Keinen Raum der AfD - Verboten, was verboten gehört!

Gremium: Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht
und Antirassismus
Beschlussdatum: 20.07.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Mit der Alternative für Deutschland (AfD) hat die extreme Rechte in der
2 Bundesrepublik seit einigen Jahren eine Partei gefunden, die ihren
3 rechtsradikalen Positionen gerecht wird und die in der Lage ist, ein erhebliches
4 rechtes Wähler*innenpotential zu mobilisieren. Die Partei knüpft damit an eine
5 bundesdeutsche Kontinuität antidemokratischer, rassistischer und antisemitischer
6 Einstellungen an und schafft es wie keine andere Organisation, rechte Weltbilder
7 zu bestätigen und die heterogene extreme Rechte in Deutschland zu vereinen.

8 Von "eurokritisch" zu völkisch-national - aber immer rassistisch, antisemitisch 9 und menschenverachtend

10 Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat sich die AfD von einer scheinbar gemäßigten
11 selbsternannten "eurokritischen" Partei zu einer Organisation gewandelt, die
12 demokratische Grundsätze mit Füßen tritt und ihr völkisches Gedankengut weit in
13 der Bevölkerung verbreiten kann. Die AfD ist seit ihrer Gründung nicht nur immer
14 weiter nach rechts gerückt, sie hat auch den Diskurs demokratischer Parteien und
15 der Öffentlichkeit massiv beeinflusst und Politiker*innen dazu gebracht,
16 menschenfeindliche Standpunkte in reale Politik umzusetzen. Insbesondere in der
17 Asylpolitik sind unter dem Eindruck extrem rechter Wahlerfolge im Bundestag, den
18 Ländern und Kommunen Entscheidungen getroffen worden, die noch vor wenigen
19 Jahren undenkbar gewesen wären. Mit den letzten Landtagswahlen wurde deutlich,
20 dass der Partei und ihren Wähler*innen mit dieser Strategie der inhaltlichen
21 Annäherung nicht beizukommen ist. Auch wenn die aktuellen Umfragewerte - etwa in
22 der Corona-Krise - nicht auf alte Höhenflüge hindeuten, ist die Partei heute mit
23 ihrer Präsenz in fast allen demokratischen Institutionen in der Lage, mit ihren
24 finanziellen und personellen Ressourcen die Demokratie, Einhaltung der
25 Menschenrechte und das Leben und Wohlergehen marginalisierter Gruppen in
26 Deutschland ernsthaft zu gefährden.

27 Alle Distanzierungen der AfD von verfassungsfeindlichen Organisationen bis hin
28 zu rechtsradikalem Terror haben sich bisher als gefährliche

29 Beschwichtigungsstrategie erwiesen. Stephan Ernst, der mutmaßliche Mörder von
30 Walter Lübcke, hatte die Partei im hessischen Landtagswahlkampf unterstützt. Der
31 Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke zeigt sich nicht nur als
32 Holocaustrelativierer, sondern ist auch mit dem NSU-Unterstützer Thorsten Heise
33 bekannt. AfD Demonstrationen und Veranstaltungen sind immer wieder Schauplatz
34 für Angriffe auf Gegner*innen und Journalist*innen. Dies zeigt, dass ihre
35 Unterstützer*innen nicht nur mit Mitteln des demokratischen Rechtsstaats ihre
36 menschenfeindlichen und antidemokratischen Ziele durchsetzen wollen, sondern
37 dafür auch nicht vor Gewalt zurückschrecken.

38 **Die Existenz der AfD gefährdet die Demokratie**

39 Welch demokratiegefährdendes Potential die Partei in den Parlamenten entwickelt,
40 zeigt sich nicht nur mit ihrer häufig erkennbaren Arbeitsverweigerung in den
41 Gremien, sondern auch, wenn die Vertreter*innen der AfD demokratische
42 Institutionen missbrauchen und Demokrat*innen gegeneinander ausspielen. Die Wahl
43 des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum thüringischen Ministerpräsidenten im
44 Februar 2020 zeigte auf sehr plastische Weise auf, welches Zerstörungspotential
45 darin liegt, dass eine unverhüllt faschistisch agierende Partei demokratische
46 Verfassungsorgane als Bühne für die Artikulation ihres Machtanspruches nutzt und
47 dabei bürgerliche Parteien für ihre Zwecke nutzt. In Thüringen war die Partei so
48 für eine kurze Zeit an der Mehrheit eines Landesparlamentes beteiligt.

49 Die Erfolge der AfD bei Wahlen auf allen Ebenen hat nicht nur tausenden
50 Mandatsträger*innen in Deutschland und der Europäischen Union zu politischer
51 Macht und potentiell Gestaltungsspielraum verholfen. Mandate bringen auch
52 nicht unerhebliche personelle und finanzielle Ressourcen mit sich. Damit ist die
53 Partei in der Lage, tausende Mitarbeiter*innen von Abgeordneten und Fraktionen
54 auf allen Ebenen mit Auskommen zu versorgen, das für den Aufbau
55 außerparlamentarischer rechtsradikaler Strukturen verwendet werden kann. Das
56 Parteienrecht in der Bundesrepublik ermöglicht es der Partei zudem, große Mengen
57 an Steuergelder für ihre Zwecke zu verwenden. Dass sich die Partei dabei
58 regelmäßig nicht an geltendes Recht hält, zeigen inzwischen einige
59 Parteispendenaffären.

60 **Die AfD widerspricht zahlreichen Prinzipien des Grundgesetzes**

61 Mitglieder der AfD und zahlreiche Anhänger*innen wollen die Würde und Freiheit
62 einer Vielzahl von Menschen in Deutschland einschränken. Ebenso wollen sie die
63 Grundrechte einzener Bevölkerungsgruppen beschneiden. Die Partei ist rassistisch
64 und lehnt die Grundwerte einer liberalen Demokratie mehrheitlich ab. Wie die NPD
65 setzen sich einige AfD-Organisationen für eine Politik der "Volksgemeinschaft"
66 ein. Dieses Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem
67 grundgesetzlichen Demokratieprinzip und Gleichheitsgrundsatz unvereinbar.

68 Die AfD, ihre Mitglieder und Anhänger*innen streben nach der Einschränkung der
69 Pressefreiheit und der Auflösung der Freiheit von Lehre und Wissenschaft. Im
70 Februar 2020 forderte die AfD etwa eine staatliche Stelle, die die Einhaltung
71 von "journalistischen Qualitätsstandards" prüfen sollte. Schon seit ihrer
72 Gründung setzt sich die AfD für die Abschaffung öffentlich-rechtlicher
73 Medienanstalten ein und versucht die Berichterstattung über ihre Politik etwa
74 auf Parteitag strikt zu begrenzen und zu regulieren. Landtagsabgeordnete aus
75 Baden-Württemberg und anderen Ländern versuchten mit Meldeportalen die Freiheit
76 der Lehre und Wissenschaft einzuschränken und ein Klima der Verleumdung und
77 Diskreditation zu schaffen.

78 **Verstrickung einiger Mitglieder in rechte Terrornetzwerke**

79 Immer wieder geraten neue Verbindungen von teils einflussreichen AfD-Mitgliedern
80 zu rechtsradikalen und gewaltbereiten Gruppen in den Blick der Öffentlichkeit.
81 Ein Mitarbeiter des AfD-Abgeordneten Nolte ist Teil des rechten Hannibal-
82 Netzwerks, welches aus Mitgliedern des Militärs und der Polizei besteht, die auf
83 einen Umsturz des Systems hinarbeiten. Er ist nicht das einzige AfD-Mitglied,
84 das in rechtsterroristischen Vereinigungen wiederzufinden ist.

85 Der Hauptverdächtige im Mordfall an dem Kasseler CDU-Politiker Walter Lübcke,
86 Stephan E., war regelmäßig bei Veranstaltungen der AfD und half auch bei ihrem
87 Wahlkampf. Er hatte offenbar Verbindungen zur inzwischen verbotenen
88 Neonaziorganisation Combat 18, die wiederum Verbindungen zum NSU-Komplex hatte.

89 Die Hetze, die einflussreiche AfD-Mitglieder in ihren Reden verbreiten, führt zu
90 Morden oder Angriffen. Das Ungerechtigkeitsempfinden, das die AfD bei ihren
91 Anhänger*innen schürt, führt zu Wut und zunehmender Gewaltbereitschaft unter
92 ihnen. Bei einigen Menschen geht es so weit, dass sie sogar dazu bereit sind,
93 Menschen zu ermorden.

94 **Bewusste NS-Bezüge**

95 Björn Höcke stilisiert sich mit einer NS-nahen Sprache und der Etablierung eines
96 Kultes um seine Person zu einer Führerfigur. Er stellt bewusst Forderungen, die
97 das gesellschaftlich Akzeptierte überschreiten und verschiebt so den
98 öffentlichen Diskurs nach rechts. AfD-Mitglieder versuchen gezielt,
99 Begrifflichkeiten wieder salonfähig zu machen, die ihren Ursprung in der
100 nationalsozialistischen Ideologie haben oder besonders mit dieser Zeit in
101 Verbindung gebracht werden, wie etwa der Begriff "völkisch". Sie fragen
102 öffentlich, warum wir denn nicht stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten in
103 beiden Weltkriegen sein könnten, so wie es in Frankreich, Großbritannien oder
104 den USA üblich sei. Höcke beschrieb einen „[...] lebensbejahenden, afrikanischen
105 Ausbreitungstyp“, damit reproduziert er eine gefährliche Rassenideologie und
106 spricht von einer bevorstehenden „Umvolkung“. Der Parteivorsitzende Alexander

107 Gauland bezeichnete die NS-Zeit als einen „Vogelschiff“ in einer laut ihm „1000-
108 jährigen erfolgreichen, deutschen Geschichte“. Damit verharmlost er nicht nur
109 die Verbrechen, die während dieser Zeit in und durch Deutschland begangen
110 wurden. Als die Einführung des 8. Mai als dauerhaften Feiertags im Raum stand,
111 lehnte Gauland dies mit der Aussage es wäre "[...] auch ein Tag der absoluten
112 Niederlage, ein Tag des Verlustes von großen Teilen Deutschlands und des
113 Verlustes von Gestaltungsmöglichkeit" ab.

114 **Zerstörung des demokratischen, pluralistischen Diskurses**

115 Um ein Beispiel für eine gezielte Steuerung des Diskurses zu bringen, sei die
116 von der AfD gestellte Kleine Anfrage an die Bundesregierung genannt, in der sie
117 die Anzahl der in Deutschland stattgefundenen Gruppenvergewaltigungen 2018 und
118 den Anteil der Tatverdächtigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wissen wollte.

119 Die AfD versucht somit gezielt, die Solidarität innerhalb der Bevölkerung zu
120 zerlegen.

121 Mit Aussagen wie den oben genannten schafft die AfD ein Feindbild für jene
122 Bürger*innen, die sich bereits benachteiligt fühlen.

123 Mit dieser Diskurslenkung schafft die AfD es, Debatten zu dominieren, obwohl sie
124 innerhalb der deutschen Gesellschaft und somit auch im Mehrheitsdiskurs nicht
125 einmal ansatzweise eine Mehrheit darstellen.

126 Sie versuchen sehr erfolgreich, den Diskurs zu bestimmen, indem sie Aussagen
127 tätigen, von denen sie wissen, dass andere sich gezwungen fühlen werden, darauf
128 einzugehen.

129 Zudem sorgt die AfD mit Fake-News und Falschbehauptungen sowie gezieltem Framing
130 für alternative Realitäten und Wahrnehmungen.

131 Entwicklungen von Straftaten werden durch die Partei im Zusammenhang mit
132 Zuwanderung und Geflüchteten falsch oder eindimensional dargestellt. Sie bringt
133 beispielsweise den Islam als Religion in einen völlig irrationalen Zusammenhang
134 mit bestimmten Straftaten wie Vergewaltigung oder Mord. Mit den sprachlichen
135 Bildern einer "Flüchtlingswelle" oder "-flut" vermitteln sie das Gefühl einer
136 unaufhaltsamen, zerstörerischen Naturkatastrophe.

137 **Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung**

138

139 Die ehemalige Vorsitzende Frauke Petry vertrat öffentlich die Position, der
140 Begriff „völkisch“ müsse positiv besetzt werden. Die derzeitige stellvertretende
141 Fraktionsvorsitzende Alice Weidel wiederum diskriminierte im Bundestag
142 Zuwander*innen und Frauen, die ein Kopftuch tragen in der Formulierung „Burkas,
143 Kopftuch-Mädchen, alimentierte Messer-Männer und sonstige Taugenichtse[...]“, dies
144 begründete sie mit der Zuwanderung einzelner Straftäter*innen.

145 Die AfD forderte eine Neuregelung des Familiennachzugs und erarbeitete einen
146 Antrag zur verfrühten Rückführung syrischer Geflüchteter in Regionen, die noch
147 nicht als sicher eingestuft werden können. Auch die Äußerungen zu der
148 vermeintlichen Verbindung zwischen Migration und Kriminalität ist in diesem
149 Rahmen einzuordnen.

150 LGBTQI*-Rechte sieht die AfD ebenfalls sehr kritisch. Homosexuelle Personen
151 hätten laut einigen Mitgliedern den "Volkstod" mit zu verantworten.

152 In diesem Zusammenhang setzt sich die Partei auch für ein gestriges Familienbild
153 ein und möchte Familien fördern, die mehr als drei Kinder haben. Ebenso will sie
154 Mütter dazu ermutigen, die Kinder zu Hause zu erziehen anstatt sie in den
155 Kindergarten zu schicken und selbst arbeiten zu gehen. Sie sieht Carearbeit in
156 der alleinigen Verantwortung von Cis-Frauen und versucht durch diesen Vorstoß
157 auch, eine pluralistische Sozialisierung der Kinder zu verhindern. Sie setzt
158 sich aktiv gegen die Aufklärung von Schüler*innen über LGBTQI*-Themen ein und
159 ist der Meinung, die "klassische Familie" würde durch alternative
160 Familienentwürfe angegriffen. Von der Bundesregierung wollte die Partei wissen,
161 wie sich die Zahl von Schwerbehinderten in Zusammenhang mit Migration und Heirat
162 innerhalb derselben Familien seit dem Jahr 2012 entwickelt hätte. In Thüringen
163 und Sachsen scheiterten sie an dem Versuch, LGBTQI*-Personen unter Sinti und
164 Roma zählen zu lassen. In Sachsen fragten Abgeordnete auch nach der Anzahl von
165 Frauen in gebärfähigem Alter und deren Nationalität.

166 Die AfD setzt sich für eine Verschärfung des Verbots von
167 Schwangerschaftsabbrüchen ein, sodass diese auch bestraft werden können.
168 Währenddessen fordert der Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz gar die
169 Wiedereinführung der Todesstrafe als Abschreckung für Asylbewerber*innen. Dem
170 Grundrecht auf Asyl insgesamt steht die AfD seit ihrer Gründung sehr kritisch
171 gegenüber und forderte mehrfach dessen Veränderung oder sogar Abschaffung. All
172 das sind nur einzelne Beispiele für eine Systematik der Diskriminierung, die von
173 der AfD vorangetrieben wird.

174 **Die AfD - eine verfassungsfeindliche Partei?**

175 Faschistische Organisationen gehören verboten. Daher muss auch ein Verbot von
176 Parteien wie die AfD ernsthaft diskutiert und in Betracht gezogen werden. Die
177 Partei gefährdet demokratische Werte, die Rechtsstaatlichkeit und das Leben und

178 die Freiheit vieler Menschen. Die AfD ist eine Partei, die mehrfach gegen
179 grundlegende Verfassungsgrundsätze verstößt und in der Vergangenheit verstoßen
180 hat. Ihre Mitglieder stellen viele Prinzipien, die in der sogenannten
181 "Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung" gefasst werden, offen in Frage und
182 arbeiten an ihrer Untergrabung. Die Frage ist zu stellen, ob ein
183 Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgversprechend ist – aber
184 natürlich ist es auch wichtig, diese Verstöße mit dem Risiko eines misslungenen
185 Verfahrens und der in dem Falle nachfolgenden Legitimierung der AfD oder anderen
186 Risiken wie dem einer noch weiter ausgebauten Unübersichtlichkeit der rechten
187 Szene abzuwägen. Das jedoch kann nur dann stattfinden, wenn die Debatte
188 konsequent und ergebnisoffen geführt wird. Wir fordern demnach, einen Antrag auf
189 Verbot der AfD als Ganzes oder Gliederungen der Partei durch die dazu
190 legitimierten Organe Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung zu prüfen und
191 einzureichen.

192 **Isolierung und Abgrenzung auf allen Ebenen**

193 Außerdem darf es keine Zusammenarbeit mit der Partei oder ihren Funktionär*innen
194 geben. Die AfD soll und muss in der Politik weiterhin isoliert werden und darf
195 unter keinen Umständen ihre Forderungen in irgendeiner Form durchsetzen können.
196 Ein Vorkommnis wie in Thüringen darf sich nicht wiederholen, die AfD und ihre
197 Funktionär*innen dürfen sich niemals mit einer Durchsetzung ihrer
198 menschenverachtenden Politik krönen können. Hierbei bietet sich eine Strategie
199 nach dem Schweriner Weg an, der 2006 für den Umgang mit der damals frisch in den
200 Landtag eingezogenen NPD gefunden wurde. Dieses Modell setzt eine
201 Geschlossenheit seitens der demokratischen Parteien gegenüber der Rechten
202 voraus, infolge derer kein Gesetzesentwurf oder Antrag der Rechten unterstützt
203 wird. Auf Anträge und Einlassungen seitens der rechten Partei antwortet jeweils
204 nur ein*e Abgeordnete*r im Namen aller teilnehmenden Fraktionen, was ein
205 Verschieben der Debatte auf rechte Themen verhindert und den Übergang zur
206 Tagesordnung ermöglicht, jedoch die Äußerungen nicht unbeantwortet stehen lässt.
207 Zudem muss die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen durch demokratische
208 Politiker*innen verweigert werden, sofern auch Redner*innen der AfD auf dem
209 Podium sitzen. Übertragen auf die AfD bedeutete dies eine deutliche Abgrenzung
210 von rechter Politik, eine klare Haltung und ein solidarisches Zusammenstehen
211 aller Demokrat*innen gegenüber faschistischem Gedankengut.

212 **Zivilgesellschaft gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit stärken**

213 Aber nicht nur im Bereich der Politik, sondern auch auf der gesellschaftlichen
214 Ebene müssen die AfD und ihre Anhänger*innen zurückgedrängt werden. Es ist
215 ebenso wichtig, im Alltag Zivilcourage zu zeigen und klarzustellen, dass rechte
216 Hetze in einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft keinen Platz hat. Um
217 das zu verstärken, muss politische Bildung und Demokratiebildung massiv
218 ausgebaut werden. Ebenso wichtig sind weitere Demonstrationen und Aktionen gegen
219

220 die Diskursverschiebung nach rechts und die Angriffe auf Menschen, die nicht ins
221 Weltbild der AfD passen. Gerade wichtige Verbände, die gegen Rassismus vorgehen,
222 klagen vermehrt über rechte Unterwanderungen. Auch hier muss deutlich Stellung
223 bezogen und Unterstützung angeboten werden. Zivile Demokratieförderprojekte,
224 Präventionsangebote, Bildungsangebote, oder Beratung von Opfern rechter Gewalt
225 sind häufig chronisch unterfinanziert und müssen in aufwendigen Verfahren
jährlich auf eine Verlängerung der Fördermittel hoffen.

226 Aber auch der Sozialstaat muss weiter gestärkt und systemimmanenter Rassismus
227 gezielt identifiziert und abgebaut werden. Es ist unabdinglich, dass mehr
228 Unterstützungsangebote für Betroffene rechter Hetze entstehen. Dass rechte
229 Angriffe auf Geflüchtete abgetan oder kleingeredet werden,
230 Kommunalpolitiker*innen bei Morddrohungen allein gelassen werden, selbst
231 eindeutig rechte Angriffe wie der Terroranschlag in Hanau als „nicht rechts“
232 eingestuft werden, weil der Täter nicht nachvollziehbar organisiert war, die
233 Verwicklung radikaler Rechter mit unseren Sicherheitsbehörden unter den Teppich
234 gekehrt wird – all das zeigt ein klares Versagen des Rechtsstaates, wenn es um
235 die Einhegung verfassungsfeindlicher Aktivitäten geht. Hier wünschen wir uns
236 eine deutlichere Stellung der staatlichen Stellen und eine Einrichtung
237 unabhängiger Untersuchungs- und Beschwerdestellen. Ebenso fordern wir die
238 garantierte Sicherheit derjenigen, die sich den Rechten in den Weg stellen – ob
239 das nun die Möglichkeit einer Verfolgung von Hetze und Drohschreiben oder gar
240 körperlicher Angriffe ist, der Schutz vor denselben, oder die klare moralische
241 Unterstützung der Betroffenen.

242 Wir alle sind gefragt. Beleidigungen, Drohungen, Verweigerung von Leistungen
243 oder einfach rassistische Äußerungen dürfen niemals unkommentiert in der Luft
244 stehen. Zivilcourage und klare Stellung gegen rechts sind das Gebot der Stunde.

245 **Parteiverbot: Kein staatliches Geld und Strukturen für Faschist*innen**

246 Das Verbot von Parteien sollte in einer demokratischen Gesellschaft immer mit
247 größter Vorsicht und als eines unter vielen Mitteln gegen demokratiegefährdende,
248 menschenfeindliche und gewalttätige Organisationen angewandt werden.
249 Demokrat*innen dürfen zum Einen nicht der Verführung erliegen, ungeliebte
250 Mitbewerber*innen aus dem demokratischen System entfernen zu wollen. Sie dürfen
251 zudem nicht dem Glauben verfallen, dass Verbote faschistischer Parteien das
252 rechtsradikale Potential, das in der Gesellschaft weit verbreitet ist, ebenfalls
253 mit verbieten.

254 Die Alternative für Deutschland ist jedoch die erfolgreichste faschistische
255 Partei in der Bundesrepublik seit 1945. Die Partei und ihre Anhänger*innen sind
256 keine einfachen Mitbewerber*innen mit konservativen Positionen. Sie kämpfen mit
257 schlichtweg undemokratischen Mitteln um Diskurshoheit und politische Macht und
258 setzen sich für Ziele ein, die einer demokratischen, freiheitlichen,

259 rechtsstaatlichen und solidarischen Gesellschaft diametral widersprechen. Ihre
260 Programme und öffentlichen Äußerungen strotzen vor Nationalismus, faschistischer
261 Gesellschaftsvorstellungen und Menschenhass.

262 Viele Mitglieder unterstützen es, ihre Ziele durch Waffengewalt durchzusetzen.
263 Einige, wie Stephan E., haben es mutmaßlich bereits getan. Unterstützer*innen
264 beziehen sich offen auf die nationalsozialistische deutsche Vergangenheit. Auch
265 wenn die AfD noch weit davon entfernt ist, demokratische Strukturen der
266 Bundesrepublik zu zerstören, zeigt sich, welch gefährliches Potential in ihr
267 liegt.

268 Dieser Gefahr gilt es zu begegnen. Auf der Straße, im öffentlichen Diskurs und
269 auch auf rechtlichem Wege. Es gilt, sich immer wieder schützend vor vulnerable
270 Gruppen und Opfer von Hass und Rassismus zu stellen und diese zu unterstützen.
271 Dies kann uns aber bei weitem nicht reichen. Ein Verbot der faschistischen AfD
272 würde der extremen Rechten in Deutschland eine wichtige strukturelle Stütze
273 nehmen, unter deren Schutz und in deren Fahrwasser sich Strukturen gebildet
274 haben, die den Fortbestand demokratischer Strukturen und das Leben vieler
275 Menschen bedrohen.

276 Ebenso würde ein Verbot die staatliche Förderung der AfD beenden und ihren
277 Geldfluss versiegen lassen, was den Organisationsgrad antidemokratischer und
278 faschistischer Strukturen einhegen könnte. Es ist nicht erträglich, dass
279 öffentliche Gelder einer Partei zugutekommen, deren Mitglieder das Ziel
280 verfolgen, die Demokratie und die offene, pluralistische Gesellschaft abzubauen.

281 **Warum ist Verfassungsrechtliches Verbot möglich**

282 Wenn eine Partei nach ihren Zielen oder auch dem Verhalten ihrer Anhänger*innen
283 darauf ausgerichtet ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu
284 beschädigen oder abzuschaffen, ist sie verfassungswidrig. Nur die Äußerung
285 dieser Ideen reicht nicht aus; die Parteien müssen ihre negative Haltung
286 gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung aktiv vertreten. Es darf
287 außerdem nicht völlig ausgeschlossen sein, dass sie ihre verfassungsfeindlichen
288 Ziele erreichen können. Diese Bedingungen sehen wir bei der AfD erfüllt.

289 **Die Grüne Jugend fordert:**

290 - Die intensive Prüfung eines Antrags auf Verbot der Alternative für Deutschland
291 oder einzelner Gliederungen vor dem Bundesverfassungsgericht. Eine Partei, deren
292 Mitglieder aktiv an der Zerstörung einer demokratischen und pluralistischen
293 Gesellschaft mitwirken, gehört verboten.

294 - Eine vollständige Isolierung der Partei in den Parlamenten und Gremien auf

295 allen Ebenen: Unter keinen Umständen darf es politische Zusammenarbeit mit der
296 AfD und ihren Funktionär*innen geben. Ihr Einfluss auf das politische
297 Tagesgeschäft und den Diskurs muss gestoppt und jeder Erfolg verhindert werden.

298 - Die gezielte Förderung von Zivilcourage, Zurückdrängung auf gesellschaftlicher
299 Ebene durch fortgeführte Demonstrationen und Aktionen. Kein*e Sympathisant*in
300 der AfD sollte den Eindruck bekommen, dass Rassismus und Menschenfeindlichkeit
301 in der Gesellschaft einen Platz habe. Jeder Versuch, sich in Diskurs und Alltag
302 mit rechtem Gedankengut zu etablieren, sollte durch zivilgesellschaftliche
303 Akteur*innen verhindert werden.

304 - Die Unterstützung zivilen Widerstandes durch ein Demokratiefördergesetz. Wir
305 brauchen Bildungsangebote und Unterstützung für alle, die sich für Demokratie
306 und gegen Rassismus und rechte Ideen engagieren wollen.

307 - Mehr Unterstützung und Schutz für Betroffene rechter Gewalt. Kein Mensch
308 sollte sich bedroht oder allein gelassen fühlen, wenn er sich gegen rechts
309 engagiert oder von Rechten angegriffen wird.